

Atom-Mitsprache der NATO

Bündnis verstärkt — Sowjets vor Fehleinschätzung gewarnt

Ottawa (dpa). Die neue amerikanische Regierung erwägt genwärtig die Möglichkeit, der NATO ein Mitsprache- und Kontrollrecht in der atomaren Vergeltungsstrategie der USA einzuräumen. Präsident Kennedy kündigte in der kanadischen Hauptstadt Ottawa an, daß die USA prüfen, eine NATO-Baketenseestreitmacht zu errichten, die in Befehls- und Kontrollbefugnissen „echt multilateral“ ist. Kennedy knüpfte die Bildung dieser Streitmacht an die Voraussetzung, daß die NATO-Ziele auf dem Gebiet der herkömmlichen Rüstung erfüllt werden und daß die Bündnispartner der USA eine solche atomare Eingreifreserve für wünschenswert und für durchführbar halten.

Mit dieser Mitteilung ist die neue amerikanische Regierung über ihre auf der Osloer NATO-Konferenz vorgelegten Vorschläge hinausgegangen. In Oslo hatte der amerikanische Außenminister Rusk angekündigt, daß die USA eine Flotte von Polaris-Atomunterseebooten nach Europa entsenden wollen, die aber unter amerikanischem Befehl stehen soll.

In seiner Rede vor dem kanadischen Parlament betonte Kennedy, wenn der Westen die Verteidigungserfordernisse der sechziger Jahre lösen wolle, müßten die NATO-Länder zweierlei tun: Sie müßten einmal die konventionelle Ausrüstung „mit höchstem Vorrang“ verstärken. Sie müßten andererseits sicherstellen, daß Kernwaffen weiterhin für die Verteidigung des ganzen Vertragsgebietes zur Verfügung ständen.

Polaris-U-Boote

Um ihre eigenen Absichten und Verpflichtungen klarzustellen, würden die USA deshalb dem NATO-Befehlsgebiet fünf und später noch mehr Polaris-Atomunterseeboote zur Verfügung stellen. Diese Unterseeboote sollten in ihrer Kontrolle und Verwendung einer vereinbarten NATO-Richtlinie unterworfen und im Ernstfall den

Bedürfnissen aller Mitgliedsstaaten zugänglich sein.

Wörtlich fuhr Kennedy dann fort: „Darüber hinaus erwägen wir die Möglichkeit, eine NATO-Raketenseestreitmacht zu errichten, die in Befehl und Kontrolle echt multilateral wäre, wenn dies von unseren Alliierten gewünscht und für durchführbar gehalten wird und wenn die NATO-Ziele auf dem Gebiet der herkömmlichen Rüstung erreicht worden sind.“

Gleichzeitig müsse sichergestellt werden, daß Kernwaffen weiterhin für die Verteidigung des gesamten NATO-Gebietes zur Verfügung stehen und daß diese Waffen einer engen und beweglichen politischen Kontrolle unterworfen seien, die die Bedürfnisse aller Länder befriedige.

Kennedy betonte, alle diese Maßnahmen seien notwendig, weil die Verteidigung Europas und Nordamerikas unteilbar sei. Sie seien auch notwendig, damit ein Aggressor nicht die Entschlossenheit des Westens unterschätze, sofort mit allen geeigneten Waffen zurückzuschlagen. Die USA seien davon überzeugt, daß die Zeit für alle Mitglieder der Atlantischen Gemeinschaft gekommen sei, ihre Streitkräfte innerhalb des NATO-Kommandos noch weiter zu verstärken und zu integrieren.

USA-Präsident an Adenauer

Gipfelgespräch Kennedy—Chruschtschow am 3. Juni in Wien

Washington (dpa/ap/upi). Das erste Gipfelgespräch zwischen Kennedy und Chruschtschow wird allen Anzeichen nach am 3. und 4. Juni in Wien stattfinden. Politische Kreise in Washington, Moskau und Wien erklärten übereinstimmend, daß über Konferenzort und Termin kein Zweifel mehr bestehe. Inzwischen hat der US-Präsident auch Bundeskanzler Adenauer in einer persönlichen Botschaft über sein geplantes Gespräch mit Chruschtschow unterrichtet. Nach Meldungen aus westlichen Hauptstädten erschien es am Mittwoch als möglich, daß Kennedy vor seinem Treffen in Wien mit Premierminister Macmillan, dem deutschen Bundes-

kanzler und Staatspräsident de Gaulle zusammentrifft.

Adenauer hat in Bonn erklärt, daß er eine Zusammenkunft Kennedy—Chruschtschow begrüßen werde. Der Regierungschef meinte, der Wunsch des US-Präsidenten sei ganz natürlich. „Es ist gut, wenn die beiden führenden Staatsmänner der Welt einander kennenlernen.“

US-Delegationskreise vertreten die Ansicht, daß Kennedy mit Chruschtschow hauptsächlich über Abrüstung, den Atomwaffenversuchsstopp, das Berlin- und Deutschland-Problem sowie über Ostasien sprechen werde.

Freuden und Ärgernisse

K. W. B. Nach dem Pfingstwunder, das der Menschheit trotz ihrer tausend Zungen die eine Wahrheit verheißt, haben wir alle Sehnsucht. Aber obwohl die Völker im Gebrauch der Sprache sich unheimlich angenähert haben, sind sie doch von der Erfüllung in einem Geiste weit entfernt. Allein darin vermag uns ein schwacher Trost an diesem großen Feste der Christenheit anfallen, daß wenigstens jenes Quantchen gemeinsamer Geist die politische Strategie der Welt lenken möge, der das Schlimmste noch immer gerade verhütet. Doch wir spüren zuviel und zu oft, welche Mühe dieses Minimum an Weltinstinkt hat, um sich gegen den Ansturm der Unvernunft zu halten. Wo es so schwer ist, die Übereinstimmung der Welt in einem Geiste zu erringen ist die Übereinstimmung wenigstens in einem Volke doppelt gefragt. Wir Deutschen können ein Lied davon singen, wie schwer aber schon das ist.

★

Von dieser Erkenntnis bis zur Kritik an der Praxis unseres öffentlichen politischen Lebens ist nur ein kleiner Schritt. Natürlich liegt das am Wahlkampf, der — obgleich offiziell überhaupt noch nicht eröffnet — doch das Klima der Bundesrepublik schon beherrscht. Als setzten sich jetzt, da es gilt,

24 Jahre Zuchthaus für Schweriner Familie

Berlin (dpa). Wegen angeblicher Spionage für westliche Geheimdienste sind kürzlich drei Mitglieder einer Schweriner Familie vom sowjetzonalen Bezirksgericht Schwerin zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden. Der 61jährige Friedrich Kröpelin, Kassenkontrolleur bei der Reichsbahn-Direktion Schwerin, erhielt fünfzehn Jahre Zuchthaus, sein 32jähriger Sohn Peter, Güterkontrolleur bei der Reichsbahn, sieben Jahre und dessen Ehefrau Gisela wegen Beihilfe zwei Jahre Zuchthaus.

die Wahlen zu gewinnen, die Verantwortlichen eine Maske auf, hinter der sie nicht mehr die zu sein brauchten, als die sie bekannt sind — so treiben sie gegeneinander. Wenn wir diese Form des politischen Ringkampfes tadeln, dann gewiß nicht, um eine politische Friedensruhe zu empfehlen und schon gar nicht der Phrase zu huldigen, die die Gegensätze mit Lächeln überkleistert. Aber wir wünschen uns für die politische Auseinandersetzung um die Macht in Deutschland einen Stil der Wahrhaftigkeit — einen Stil, der angemessen ist der Leistung, die Deutschland in den Jahren nach dem Kriege bis heute als gesamtdeutsche Leistung hinter sich gebracht hat.

★

Es ist in solchen Zeiten kein politischer Stil, wenn die einen den anderen als den Beelzebub verketzern, der gerade die Gemeinsamkeit des Handelns zerstören müßte, und die anderen sich als diejenigen hinstellen, die allein die Gemeinsamkeit des Handelns verbürgen. Es ist so sonderbar, daß zu Wahlkampfzeiten das durch Leistung ohnehin schon so eindeutig ausgewiesene politische Vermögen der Union immer wieder einmal zu unsinnigen Ausfällen gegen die in Politik und Meinungsbildung glücklos gebliebenen Sozialdemokraten auspendeln muß. Es ist doch niemandem ein größeres Feld des Vertrauens zur Bestellung übergeben als den Christlichen Demokraten. Ihre Position in diesem Wahlkampf ist kräftiger, positiver und verheißungsvoller als je zuvor. Sie sieht einen Gegner, den sie schon dreimal geschlagen hat, nicht nur auf der ganzen Linie zur Umkehr, zur Hinwendung an ihre eigene Politik angetreten — nein, sie kann auch beobachten, wie die Masse des Wählervolkes diese Wendung mehr und mehr als ihren Erfolg, als den Erfolg der Politik der Union, erkennt und also gewiß auch im September so respektieren wird.

Den Sozialdemokraten hingegen muß man sagen, daß sie sich einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie, wie es ihr Wortführer Brandt dauernd tut, in dieser ihrer Hinwendung zur Erfolgspolitik der zwölf Jahre den einzigen Weg zur Gemeinsamkeit in Anspruch

nehmen wollen. Wo hätte es ja ein Monopol auf die Politik der Gemeinsamkeit in einer Partei gegeben? Und noch dazu in einer, die bisher viele lange Jahre hindurch Stein auf Stein gegen die Politik der Gemeinsamkeit aufgeschichtet hat? Brandts Rhetorik liebt die milde Melodie der Aussöhnung. Sie könnte sich gut abheben gegen die schrillen Dissonanzen, die Adenauer gern der SPD gegenüber bevorzugt. Der Bundeskanzler glaubt offenbar noch immer nicht, daß sein Werk gesichert wäre, wenn an ihm die Sozialdemokraten weiterbauen müßten. Er hat eben Erfahrungen. Vielleicht hat er daran, daß ja Brandt auch niemals seine Berlin-Popularität, mit der er, durch Deutschland reisend, für die Sozialdemokraten wirbt, als einen Ertrag der deutschen Politik kennzeichnet. Auch das ist ein Stück von Unredlichkeit im Wahlkampfstil dieser Wochen. Brandt zieht durch die deutschen Lande und läßt sich als Regierender Bürgermeister begrüßen, bringt Grüße aus Berlin, nimmt Ferienplätze für Berliner Kinder entgegen, ist ganz der Mann aus der umkämpften alten Hauptstadt und läßt es gern zu, daß aus solch unzulässiger Vermischung ein Bild entsteht, das Berlin, seine Position und seinen Nimbus als ein alleiniges, sozialdemokratisches Verdienst kennzeichnet.

★

Wohl macht der Ton die Musik. Aber das „Seid nett zueinander“ ist kein Parteiprogramm. Ebensowenig brauchen die, die soviel für das Gemeinsame geleistet haben, in den Rohrstock, um sich gegen die politischen Gegner in Szene zu setzen. Die Sozialdemokraten werden es sich gefallen lassen müssen, daß man sie an dem mißt, was sie viele Jahre lang politisch gedacht und getan haben. Sollen sie doch gute Argumente finden für das, was sie jetzt als ihr Programm ausgeben. Hier liegt genug Stoff zur Auseinandersetzung. Wenn er mit dem Willen genutzt wird, einzusehen, daß beide Parteien in einem gemeinsamen Boot sitzen, kann der kommende Kampf die Vertiefung der Kluft auf alle Fälle vermeiden. Es kann ein Kampf im gemeinsamen Geiste werden.

Kirchentag

DT. Es war zu erwarten, daß Pankow nach seiner Ablehnung eines gesamtdeutschen evangelischen Kirchentages in Berlin alles aufbieten würde, um eine Teilnahme der Gläubigen aus seinem Machtbereich zu verhindern. Nach verschiedenen Einzelvorstößen hat das kommunistische Zentralorgan „Neues Deutschland“ eine erste Breitseite gegen „Präses Scharf und die Militärkirche“ abgeschossen. Die Art der Polemik mag nur ein Satz dieses zweihundert Zeilen langen Artikels kennzeichnen: „Über hundert Agentenorganisationen im Westberliner Frontstadtumpf treffen emsig Vorbereitungen, um über christliche Menschen aus der DDR, die man durch irreführende Reden von einem angeblichen „Berliner Kirchentag“ nach Westberlin locken möchte, wie die Heuschrecken herzufallen.“

Da werden Sätze, die der neugewählte Ratsvorsitzende der EKD, Präses Scharf, in einem Presseinterview formulierte, aus dem Zusammenhang herausgerissen und sinnenstehend kommentiert. Da wird diffamiert und verunglimpft, da werden geschichtliche Tatsachen gelehnet und in ihr Gegenteil verkehrt. Wie üblich bildet der vor vier Jahren von der Synode verabschiedete Militärseelsorgevertrag den Hauptangriffspunkt.

Verschwiegen wird bei dieser Polemik, daß sich die evangelische Kirche seinerzeit auch um eine Seelsorge in den Streitkräften der Zonenrepublik bemüht hat. Sie wurde brüsk zurückgewiesen, weil eine derartige Betreuung nicht in das atheistische Konzept des kommunistischen Regimes paßt. Seitdem sucht Pankow die Kirche in den Augen ihrer Gläubigen zu verdächtigen und herabzusetzen, ihre gewählten geistlichen Führer als NATO-Bischöfe zu diffamieren. In diese Front hat die SED nun auch Präses Scharf eingereicht, weil er sein Amt auftragsgemäß im gesamtdeutschen Sinne verwaltet. Mit der „Argumentation“, wie sie „Neues Deutschland“ bietet, wird sie jedoch selbst nicht im eigenen Machtbereich glaubhaft.

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang nur wieder einmal die Stellungnahme des hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller. Nach einer Meldung des Evangelischen Pressedienstes hält er eine Teilnahme am Westberliner Kirchentag für inopportun. Daß er ebenso wie der Schweizer Pfarrer Lüthi und der thüringische Landesbischof Mitzenheim nicht nach Berlin fahren will, bleibt ihm unbenommen. Mit seiner Erklärung betreibt Niemöller jedoch die Geschäfte Pankows und fällt der schwer um ihre Existenz ringenden Kirche Mitteldeutschlands in den Rücken.

Amrehn: CDU will regieren

Pankows Kanzler-Kandidatur nicht unter „Naturschutz“

Berlin (Eigenbericht). Den Willen der Berliner CDU, bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahre 1962 die Mehrheit zu gewinnen, betonte vor der Presse der neue Landesvorsitzende der Berliner CDU, Bürgermeister Amrehn. Er meinte, dies sei für die CDU leichter als für die SPD, die Mehrheit im Bundesgebiet zu erringen.

Amrehn kündigte an, die Berliner CDU werde die Kanzlerkandidatur des Regierenden Bürgermeisters Brandt auch weiterhin kritisieren. Brandt stehe in dieser Position keineswegs „unter Naturschutz“. Koalition

bedeute für die CDU nicht, daß sie auf freie Meinungsäußerung verzichte. Die SPD dürfe die CDU als durchaus zuverlässigen Koalitionspartner betrachten. Die Koalition gehe jedoch nicht so weit, daß sich die CDU der Kritik enthalte.

Amrehn wies darauf hin, daß nicht die CDU, sondern die SPD die Nachfolgefrage aufgeworfen habe und für ihre Beantwortung verantwortlich sei. „Wir können sie nicht beantworten“, so sagte der Bürgermeister, „weil wir keine Mehrheit haben.“

Die Chancen für die CDU, die

Britische Warnung

London (ap/dpa). Eine ernste Warnung vor einer Verschärfung der Berlin-Situation hat der stellvertretende britische Außenminister Heath zu Beginn einer zweitägigen außenpolitischen Debatte des Unterhauses an die Sowjetunion gerichtet. „Wir werden und können uns nicht mit einer einseitigen sowjetischen Aktion zur Änderung des Status von Berlin abfinden, wodurch die Sowjetregierung sich der Verantwortung entledigen würde, die sie jetzt trägt“, sagte Heath. Chruschtschow müsse sich der möglichen Gefahr eines derartigen Schrittes voll bewußt werden.

Die Westmächte stünden nicht in Berlin, um ein überholtes Besatzungssystem aufrechtzuerhalten, sondern um die Freiheit der Berliner zu sichern und die westlichen Verpflichtungen zu erfüllen, sagte Heath weiter. Die NATO-Tagung in Oslo habe klargemacht, daß alle NATO-Partner hinter der Erklärung des Westens aus dem Jahre 1954 über die Sicherung seiner Position in Berlin ständen.

Mehrheit in Berlin zu erringen, erachtete Amrehn als durchaus günstig. Die SPD müßte dazu lediglich siebeneinhalb Prozent der Stimmen verlieren. Amrehn erwähnte in diesem Zusammenhang besonders den möglichen Stimmenzuwachs durch die ehemaligen Anhänger der FDP und anderer kleiner Parteien. Er bezweifelte, daß die FDP die Fünfprozenzhürde nehmen werde.

Kein Nachgeben

Bonn (dpa). Nach Auffassung von Bonner Diplomaten hat Kennedy bei der geplanten Begegnung mit Chruschtschow die Absicht, dem sowjetischen Ministerpräsidenten mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß es in der Berlin-Frage kein amerikanisches oder westliches Zurückweichen gibt. Eine ähnliche Andeutung hatte US-Außenminister Rusk schon auf der Osloer NATO-Konferenz gemacht, was nicht zuletzt der Grund für die erneute Berlin-Garantie der NATO war.

Der Kardinal wählte nicht mit

„Einheitsfront“ siegte in Polen — Katholikenführer schlug Ministerpräsidenten

v. P. Wien (Eigenbericht). Am 16. April fanden in ganz Polen „Wahlen“ für das Parlament, genannt „Sejm“, statt, bei denen von den mehr als 13,6 Millionen Wahlberechtigten 94,8 Prozent ihre Stimme abgaben. Immerhin gab es bei diesen Wahlen 1 281 682 mutige Polen, die eine der drei Möglichkeiten ausnutzten, der einzig möglichen Liste, jener der Kandidaten der „Einheitsfront der Nation“, ihre Stimme zu versagen.

Der polnische Wähler hatte bei diesen Wahlen eine geringe Möglichkeit, seine Gegnerschaft zum heutigen Regime zum Ausdruck zu bringen. Natürlich hatte er nicht die Gelegenheit, für eine andere als für die offizielle Liste zu stimmen, aber seinen Protest konnte er zum Ausdruck bringen, indem er eine ungültige Stimme abgab oder die gesamte Liste durchstrich, wobei er gegen die offizielle Liste stimmte, oder er blieb einfach der Wahl fern.

Gegen die Kirche

Die Person eines einzigen Polen, die diesmal den Wahlen fernblieb, ist bekannt. Es ist jener Mann, der bei den letzten Wahlen im Januar 1957 aus realpolitischen Gründen die nur auf sein Wort hörende absolute Majorität der Polen aufrief, mit „Ja“ zu stimmen, Kardinal Wyszynski.

Der polnische Parteiführer Gomulka beschäftigte sich in einer Rede, die er in Anwesenheit der rumänischen KP-Führer in Warschau am 29. April bei einer „Freundschaftskundgebung“ hielt, ausführlich mit der Haltung der katholischen Kirche während der Wahlen. Gomulka sagte: „Die Ergebnisse der Wahlen beweisen nachdrücklich, daß die nicht durchdachten und isolierten, hysterischen politischen Ausfälle mancher Würdenträger der Kirche vergeblich waren. Wir wissen, daß jene überwiegende Mehrheit der katholischen Geistlichkeit, einschließlich der Mehrheit der Bischöfe, die an den Wahlen teilnahm und so wählte, wie sie wollte, durch ihre Wahl nicht die Sympathie für die Ideologie unserer Partei zum Ausdruck brachte. Sie stimmte aber für die Koexistenz mit den heutigen Behörden ab...“

Aus diesem drohenden Ton ist deutlich eine Spitze gegen

die Führer der Kirche herauszufühlen. Weshalb, das wird verständlich, wenn man sich vor Augen führt, daß die Wahlen in Polen eindeutig im Schatten des neuen Konflikts zwischen Staat und Kirche standen.

Widerstand des Klerus

Anfang dieses Jahres forderten die Mitglieder der polnischen Bischofskonferenz den gesamten Klerus auf, allen Versuchen zur Beseitigung des Religionsunterrichtes Widerstand entgegenzusetzen und eher sich ins Gefängnis werfen zu lassen als den Wünschen der Kommunisten nachzugeben. Die Partei fühlte sich zu jener Zeit stark genug, um eine Mutprobe zu riskieren und die Führer der Katholiken Polens durch politischen Druck zur Nachgiebigkeit — also zur propagandistischen Unterstützung bei den Wahlen zu bewegen. Zu diesen neuen Druckmitteln gehörte auch die Verdoppelung der Steuerlast, die für alle Institutionen der katholischen Kirche vorgeschrieben wurde.

In seiner ersten Wahlrede am 18. März griff Parteichef Gomulka die Führer der Kirche mit scharfen Worten an. Gomulka kehrte zur alten stalinistischen Lüge zurück und behauptete, „die Führer der Kirche Polens haben ihre Seelen dem Vatikan verkauft, welcher den Bischöfen in Polen die Weisung erteilt habe, einen Streit mit dem Staat vom Zaun zu brechen, da man Märtyrer brauche, um die volksfeindliche Politik rechtfertigen zu können“.

Die Antwort

Noch am gleichen Tage erfolgte auf diese ungeheuerlichen Verleumdungen eine prompte Antwort. Sie wurde Gomulka von Kardinal Wyszynski erteilt. Der Kardinal verwahrte sich gegen die Verleumdung, die

Katholiken rebellierten gegen die Autorität der jetzigen Staatsführer und meinte, gegen Lügen und Sklaverei würden die Menschen immer rebellieren, da das Volk wisse, was es heiße, Ketten zu tragen, genauso wie es wisse, wie Ketten abgeworfen werden können. Beachtung verdiente die Prophezeiung des Fürstbischöflich: „Christus wird auch im kommenden Jahrhundert der Herr sein, denn ich sage I Cäsaren, daß Ihr Euch beugen und nur ihm und niemand anderem dienen werdet!“

In den ersten Apriltagen hat dann das Regime, nachdem es vom eigenen Mut, noch mehr aber von der mutigen Reaktion Angst bekam, zurückstecken müssen. Schlagartig wurden die scharfen Angriffe gegen die Kirche eingestellt, auch die Steuerverordnung ist zurückgezogen worden.

In Erwidierung auf diese nachgiebige Haltung hat der anerkannte Laienführer der Katholiken Polens, Professor Stomma, sicherlich nicht ohne Einverständnis des Episkopats, in dem Wochenblatt der polnischen Katholiken, dem „Tygodnik Powszechny“, einen Wahlauftritt an die Wähler in Polen erlassen, in dessen Schlußabsatz es hieß: „An der heutigen Wirklichkeit müssen wir aktiv teilhaben. Wir sollen nicht als innere Emigranten tätig sein, sondern als Mitverwalter unseres Landes unter neuen Systembedingungen. Wir drücken daher nicht vor der Verantwortung. Darauf ist auch unser Entschluß zurückzuführen, uns an der Arbeit des „Sejm“ zu beteiligen...“ Nach dieser Vorgeschichte fanden dann die Wahlen in voller Ruhe statt.

Die Wahl

Wenn die polnischen Wähler schon nicht die Möglichkeit hatten, zwischen mehreren Listen ihre Auswahl zu treffen, so besaßen sie die Möglichkeit, auf eine andere Art ihre Sympathie oder Antipathie für einen bestimmten Kandidaten zum Ausdruck zu bringen. Sie durften

(Fortsetzung auf Seite 5)

Stettin sollte deutsch bleiben

Amerikanische Vorschläge auf Potsdamer Konferenz — Geheimdokumente veröffentlicht

Hamburg (dpa) Die amerikanische Regierung war noch im Sommer 1945 bereit, die Städte Stettin und Breslau bei Deutschland zu belassen. Nur ein Teil der ehemaligen Grenzmark Posen-Westpreußen, die ehemals Freie Stadt Danzig, Südostpreußen und ganz Oberschlesien sollte abgetrennt werden. Im Norden war etwa an die Linie Kreuz—Neuwedel—Dramburg—Belgard gedacht. Dies geht aus soeben veröffentlichten amerikanischen Geheimakten hervor.

In der Hoffnung auf sowjetische Konzessionen in der Reparationsfrage und bei der Zulassung neuer UNO-Mitglieder willigte Präsident Truman auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 jedoch schließlich in die von der Sowjetunion vorgelegten Tatsachen ein: Ungedacht britisch-amerikanischer Proteste waren schon vor der Konferenz alle deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße polnischer Verwaltung unterstellt worden. Die endgültige deutsche Ostgrenze sollte jedoch, mit Einverständnis Stalins, erst im Friedensvertrag festgelegt werden.

Die amerikanische Delegation fürchtete zunächst, sie könnte in der Grenzfrage allein stehen, da Churchill angeblich schon 1944 in Moskau der Oder-Neiße zugestimmt hatte. In Potsdam warnte Churchill davor, Deutschland seiner wichtigsten landwirtschaftlichen Gebiete zu be-

rauben. Falls die Ostdeutschen, wie Stalin behauptet hatte, restlos geflohen seien, sollten sie zur Rückkehr ermuntert werden. Stalin antwortete, er fürchte, die Polen würden die Rückkehrer aufhängen.

Britischer Widerstand

Der britische Widerstand wurde auch fortgesetzt, nachdem eine Labour-Regierung Churchill abgelöst hatte. „Nur mit äußerstem Widerwillen“ ließ sich der neue Außenminister Bevin überreden, dem Oder-Neiße-Kompromiß zuzustimmen. Bis zuletzt hielt er an der Glatzer Neiße als Grenze fest. Bevin

verknüpfte das Problem mit freien Wahlen in Polen.

Das sowjetische Verlangen nach einem eisfreien Hafen in Königsberg stieß gleichfalls auf den Widerstand Bevins. Der Abtretung Königsbergs stimmte auch Truman nur im Prinzip zu, da noch technische und ethnographische Einzelheiten zu klären seien. Churchill erinnerte an die von den Westmächten nicht anerkannte Einverleibung Litauens in die Sowjetunion.

Die polnische Delegation in Potsdam forderte die Oder-Neiße-Linie als kürzeste mögliche Grenze mit Deutschland. Stettin sei wichtig als Ausfahrhafen für Oberschlesien, die Lausitzer Neiße wegen der Wasserzufuhr für die Oder. Polen, so wurde argumentiert, habe im Osten 20 Prozent seines Gebietes verloren, Deutschland brauche nur auf 18 Prozent zu verzichten.

Mehr Löhne bei Bahn und Post

Neue Tarife für 250 000 Arbeiter und Angestellte

Bonn/Frankfurt (dpa). Für die Angestellten und Arbeiter der Bundesbahn und der Bundespost wurden neue Lohn- und

Gehaltstarife vereinbart. Danach wird der Ecklohn der 250 000 Bundesbahnarbeiter rückwirkend vom 1. April an um 27 Pfennig erhöht. Für Zeitlöhne wurde eine besondere Zulage von 3 Pfennig vereinbart. Die 2000 Angestellten der Bundesbahn erhalten, ebenfalls vom 1. April an, neun Prozent Gehaltserhöhung.

Auch die Grundvergütungen der 44 000 Angestellten der Deutschen Bundespost werden vom 1. April an um neun Prozent erhöht. Die Löhne der 130 000 Postarbeiter werden um 12 bis 14 Prozent heraufgesetzt.

Für die 430 000 Angestellten und Arbeiter des Bundes und der Länder werden die Tarifverhandlungen am Donnerstag in Wiesbaden fortgesetzt. Es gilt als sicher, daß sich die Tarifpartner auf der Basis der Vereinbarungen für die Arbeitnehmer der Kommunen einigen werden. Dies würde eine Erhöhung der Angestelltengehälter um durchschnittlich neun Prozent bedeuten.

Der Kardinal wählte nicht mit

(Fortsetzung von Seite 4)

die Namen von Kandidaten an und reihen.

Nur ein Beispiel dafür, wie durch die Streichungen die Reihenfolge der Gewählten abgeändert werden konnte, bietet uns das Wahlergebnis des Wahlkreises Krakau-Stadt. Es muß allerdings betont werden, daß den Änderungen in der Reihenfolge nur prestigemäßige Bedeutung zukommt. Dem Listenführer in diesem Wahlkreis, dem Ministerpräsidenten Cyrankiewicz, wurde zu seinem 50. Geburtstag von den Wählern ein mehr als peimliches Geschenk präsentiert. Er erhielt nur 93 Prozent aller Stimmen und rutschte dadurch von Platz eins auf Platz sechs weit zurück.

Der Führer der Katholiken, Professor Stomma, der ebenfalls in diesem Wahlkreis auf die Liste gesetzt wurde, rückte — da sein Name von 20 000 Wählern weniger gestrichen wurde als jener des ursprünglichen Listenführers — von seinem vorgesehenen Platz vier auf Platz zwei vor und schlug damit eindeutig den prominenten KP-Politiker.

Am 15. Mai hat das neugewählte polnische Parlament seine Arbeit aufgenommen. Den wenigen Vertretern der polnischen Katholiken fällt dabei die Aufgabe zu, unter sehr schweren Bedingungen „Mitverwalter des Landes unter neuen Systembedingungen“ zu sein, aber nicht bloß zu willenslosen Mitläufern zu werden.

Propst Grüber sagte aus

Er hinterließ in Israel tiefen Eindruck

Jerusalem (ap). Die Aussage des Propstes Dr. Grüber aus Berlin, des ersten deutschen Zeugen im Eichmann-Prozeß, hat in der israelischen Presse ein ungewöhnlich starkes und positives Echo gefunden. Die Kommentare der Zeitungen spiegeln den tiefen Eindruck wider, den die israelische Öffentlichkeit bereits am Abend empfing, als der staatliche Rundfunk die Hauptpunkte der Aussage Propst Grüber — in Deutsch und hebräischer Übersetzung — im Radio übertrug.

Mehrere Blätter, darunter die Abendzeitung „Maariv“ in Tel Aviv, wurden durch den Zeugen an das biblische Bild vom „Gerechten in Sodom“ erinnert. „Dieser Mann“, schreibt der national-religiöse „Hatsofeh“, „kam wegen seiner Hilfe für die Juden und seines offenen Kampfes für sie ins Konzentrationslager und stand vor den Toren des Todes.“

„Ein Mann, der in Gottes Ebenbilde lebt“, schreibt der

unabhängige „Haaretz“ über Dr. Grüber, „der durch seine Aufrichtigkeit, seine Humanität und seinen Mut das Gericht ergriffen habe. Es bestand kein Gegensatz“, fügt das Blatt hinzu, „zwischen seiner energischen Anklage und der Unterstreichung des Nichthassens, das er in seinem Herzen allen gegenüber empfindet, sogar Eichmann gegenüber. Das Nichthassen entspricht seiner Weltanschauung als Mensch und als Seelsorger.“ Alle im Saal spürten seine Ehrlichkeit und waren zutiefst ergriffen. Der Kommentator des „Haaretz“ fügt

hinzu, daß Dr. Grübers Zeugenaussage ein „Denkmal in Worten“ gemeißelt habe, das für immer im Bewußtsein des jüdischen Volkes bleiben werde — und vielleicht sogar in der Erinnerung der Menschheit.

Im sozialistischen „Davar“, dem amtlichen Organ des israelischen Gewerkschaftsbundes „Istadrut“, schreibt Dr. Mosche Tavor, vormaliger Pressechef der Israel-Mission in Köln: „... wenn die Welt einmal bereit sein wird, Deutschland zu verzeihen, so wird das nur wegen jener kleinen Gruppe geschehen, die während der Nazizeit wahren Großmut der Se zeigte und nicht zu irgendwelchen Gewissenskompromissen bereit war...“

Keine höheren BVG-Tarife

Eindeutige Stellungnahme von Senator Theuner

DT. Die Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe plane keine Tariferhöhung bei der BVG. Das stellte der Senator für Verkehr und Betriebe, Theuner, fest. Theuner betonte,

es treffe ebenfalls nicht zu, daß in diesem Jahre 25 Millionen D-Mark als Zuschuß an die BVG gezahlt werden. Erst nach Durchführung der geplanten

Rationalisierungsmaßnahmen werde sich am Ende des Wirtschaftsjahres zeigen, welche Zuschüsse aus Haushaltsmitteln an die BVG gezahlt werden müssen. Erst wenn diese beiden Möglichkeiten ausgeschöpft sind, käme eine Tariferhöhung in Frage.

Erst kürzlich hatte der TAG alle Gerüchte von einer unmittelbar bevorstehenden Tarifierhöhung bei der BVG zurückgewiesen. Dann griff eine Berliner Morgenzeitung das Thema erneut auf und behauptete, daß zwar im Wahljahr 1962 nicht mit einer Erhöhung der Fahrpreise zu rechnen sei, jedoch für den Zeitraum nach dem 1. Januar 1963. Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses habe bereits einen entsprechenden Beschluß gefaßt.

Senator Theuner und die SPD-Fraktion wiesen diese Behauptungen zurück. Weder in der Fraktion noch im Vorstand sei in der letzten Zeit das Problem der BVG-Fahrpreise erörtert worden. Zur Zeit sei eine Tarifierhöhung weder ein Thema der Erörterungen noch der Überlegungen. Die Frage einer Tarifierhöhung sei ausschließlich wirtschaftlicher und nicht wahlpolitischer Art.

Der gerade Weg

DT. Als im Jahre 1949 Ritter von Halt aus Buchenwald entlassen wurde, schickten wenig später die Zonen-Funktionäre des Sports eine Delegation nach München und ließen dem Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees erklären, er sei ihr Mann, und sie möchten mit ihm zusammenarbeiten.

Das war der erste Schachzug der Kommunisten, um international ins Rennen zu kommen und gegen die Gesamtheit des deutschen Sportes zu arbeiten und sich in das IOK einzuschleichen. Ritter von Halt hat erst Jahre später eingesehen, daß er nicht für Deutschland und die Deutschen arbeitete, sondern nur für die Kommunisten, wenn er sich zum Helfer der Zonen-Funktionäre machte.

Die scharfe Auseinandersetzung mit Gegnern ist nie von Halts Sache gewesen. Das wurde im Augenblick anders, als Daume Einfluß gewann. Er hat sich nicht gescheut, schon in der ersten Pressekonferenz vor

den Winterspielen in Cortina drüben im Sowjetsektor den Kommunisten zu sagen, ihre neue Gesellschaftsordnung interessiere ihn nicht; er sei gekommen, um über den Sport zu verhandeln.

Diese Haltung hat Daume bis zum heutigen Tag, und die Zonen-Funktionäre sehen in ihm ihren erklärten Feind. Es paßt ihnen auch nicht, daß Daume in seinem letzten Brief das sagt, was vor einem halben Dutzend Jahren hätte gesagt werden müssen: „Entweder ehrlich für gesamtdeutschen Sport im Inland oder Ausland — oder nichts an Zusammenarbeit.“

Diese Forderung hätte von Anfang an gestellt werden müssen. Die leitenden Männer des Sportes in der Bundesrepublik sind zum überwiegenden Teil so einfältig gewesen, sich von den roten Funktionären als Leiter zum heimlichen Einstieg in das internationale Haus des Sportes benutzen zu lassen. Jetzt endlich verlangt man die klare Entscheidung. Zu retten ist nichts mehr.

1961 auf der Wartburg zu Gast

Statt heiliger Elisabeth „fortschrittliche Volksfreundin“

G. Berlin (Eigenbericht)

Rechts und links vom Eingang zur HO-Gaststätte auf der Wartburg stand am 30. April 1961 je eine schwarzrotgoldene Fahne — mit Hammer und Zirkel in der Mitte. Den Plan, diese Zeichen auch im Palas, dem Hauptgebäude dieser mittelalterlichen deutschen Burg, zur Schau zu stellen, hat die SED bisher noch nicht zu verwirklichen vermocht. Sie ist am Widerstand der Direktoren der Wartburg-Stiftung scheitert, des Dr. Asche, der im vergangenen Herbst in die Bundesrepublik floh, und seines Nachfolgers Dr. Noth. Sie gaben und geben sich alle Mühe, diese Stätte glanzvoller deutscher Geschichte und stärkster geistiger Ausstrahlungen unverfälscht zu erhalten. Dennoch fehlt es auch auf der Wartburg nicht an mannigfachen Versuchen der SED, deutsche Geschichte umzumünzen und ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Wer heute zur Wartburg reist, geht das letzte Stück vom Parkplatz bis zur Zugbrücke zu Fuß — wenn er es nicht vorzieht, sich wie seine Vorfahren an der letzten Kurve der Straße einen Esel zu mieten und den Burghof reitend zu erreichen. Die Besucher — das sind in der Mehrzahl Angehörige „volkseigener“ Betriebe aus Sachsen und Mecklenburg, aus Thüringen und Brandenburg, die im kleinen oder mittleren Autobus heranrollen, oder es sind Delegationsmitglieder aus der Sowjetunion, aus Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Albanien oder Bulgarien.

Bürger der Bundesrepublik und Westberlins durften bisher nur vereinzelt über die Zonengrenze auf die Wartburg. Aber die gegenwärtig in Erfurt stattfindende Gartenbau-Ausstellung des Ostblocks bringt gewisse Reiseerleichterungen für Bürger des freien Deutschland und ermöglicht auch vorübergehend den Besuch von Weimar und der Wartburg.

Von Luther kein Wort

Nun steht man also auf der Burg, die vor 900 Jahren Ludwig der Springer erbauen ließ

und die den Landgrafen von Thüringen und den Markgrafen von Meißen bis ins späte Mittelalter als Wohnsitz diente. Die Räume der Burg, wie Landgrafenzimmer, Rüstkammer und Wärmestube, die Kapelle mit wunderbaren Kreuzgewölben und Säulen-Kapitellen, erstrahlen im wesentlichen in unverfälschter Reinheit und Schönheit. Der romantische Aufputz, den das vergangene Jahrhundert anbrachte, ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten beseitigt worden. Vom ritterlichen Geist dieser mittelalterlichen deutschen Blütezeit bleibt jedoch in der Darstellung des Erklärers bei der Wartburg-Führung des Jahres 1961 kaum noch etwas übrig.

Auch Elisabeth, die Schutzheilige des Thüringer Landes, diese zaubernd liebliche Frauengestalt der deutschen Geschichte, wird bei der Führung durch die Wartburg heute des Religiösen und Wunderbaren entkleidet und mehr als fortschrittliche Frau geschildert, die ihr Herz für das Volk entdeckte. Es wird sogar von Bestrebungen berichtet, die Fresken von Moritz von Schwind aus dem Leben der heiligen Elisabeth in der Elisabeth-Galerie durch Leinwandbespannung abzudecken, um dadurch um einen Hinweis auf ihre Frömmigkeit herumzukommen.

Solchen historischen Dissonan-

zen wird auch Martin Luther unterworfen, der als Junker Jörg vom Mai 1521 bis März 1522 auf der Wartburg die Bücher des Neuen Testaments ins Hochdeutsche übersetzte. Er wird nur als Sprachschöpfer erwähnt — vom Reformator kein Wort. Auf die Frage nach dem Tintenleck im Luther-Stübchen in der Vogtei, der dadurch entstanden sein soll, daß Luther ein Tintenfaß gegen die Wand schleuderte, weil er dort den Teufel zu sehen glaubte, wird geantwortet, diese Legende sei nachweislich falsch, überholt und unzeitgemäß.

Keinerlei Zuschüsse

Dagegen werden die Burschenschaftler, die 1817 auf der Wartburg das Fest zur Erinnerung an die Reformation mit der Feier des vierten Jahrestages der Schlacht bei Leipzig verbunden, als fortschrittliche Förderer der deutschen Einheit gepriesen.

Die Erhaltung der Wartburg wird aus den Erträgen der 1921 gegründeten Wartburg-Stiftung bezahlt. Die Stiftung erhält von der Zonen-Regierung keinerlei Zuschüsse. Ihre Einnahmen setzen sich zusammen aus dem Führungsbetrieb, dem Andenkenverkauf, den Einkünften der HO-Gaststätte samt Hotel und dem Erlös aus der Abgabe von Quellwasser an die umliegenden Gemeinden des Thüringer Waldes.

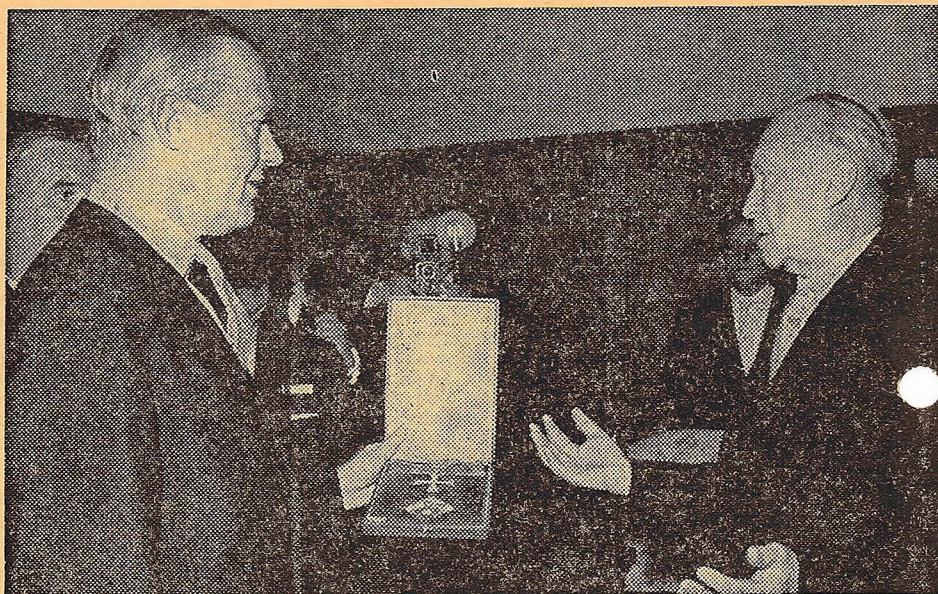
Proteste in Dresden

Berlin (ap). Das Dresdener Stadtbauamt soll nach einem Bericht des Informationsbüros iwe den Abriß der Ruine des Dresdener Gewandhauses vorgehen haben, um die geräumte Fläche in eine Grünanlage einzubeziehen. Die Absicht soll aus dem Entwurf zur Umgestaltung Dresdens zu einer „modernen sozialistischen Großstadt“ hervorgehen.

Die Pläne des Dresdener Stadtbauamtes, einen weiteren kulturhistorischen wertvollen Bau Dresdens der Spitzhacke zu opfern, haben unter der Bevölkerung Empörung ausgelöst. Der Abriß würde auch im

Widerspruch zu einem Beschluß des 5. Parteitagess der SED stehen, nach dem der Wiederaufbau des Gewandhauses für das Jahr 1962 vorgesehen war. Das Stadtbauamt wies laut iwe Proteste von Architekten und Bürgern, die sich gegen den Abriß der Ruine richteten, mit dem Argument zurück, es fehlten die Gelder für einen Wiederaufbau. Fachleute haben sich dafür eingesetzt, die Grundmauern des Gewandhauses zu sichern und den Ausbau in den kommenden Jahren vorzunehmen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2



BILDER DER WOCHE. Oben: Bundeskanzler Adenauer überreichte dem Präsidenten des Industrie- und Handelstages, Münchmeyer (links), das Große Verdienstkreuz mit Stern. Unten: Auf dem Hockenheimring gewannen die Deutschen Deubel/Hörner vor den Schweizern Scheidegger/Burkhardt. Sie liegen bereits hier in Front.

